



Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

CDU

Berlin Aktuell

02/2015 – 06.03.2015

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,

in den heute beendeten zwei aufeinanderfolgenden Sitzungswochen des Deutschen Bundestages haben wir uns unter anderem mit wichtigen Themen wie der Verlängerung der Griechenland-Hilfe, der Mietpreisbremse und der Geschlechterquote befasst.

Mehr hierzu und weitere Informationen wie zum verabschiedeten Elektromobilitätsgesetz lasse ich Ihnen hiermit in der aktuellen Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ zukommen.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre und grüße Sie herzlich aus Berlin
Ihr

www.peterwichtel.de



Verlängerung der Griechenland-Hilfe beschlossen



(© Manfred Nuding/pixelio.de)

Der Deutsche Bundestag hat am vergangenen Freitag der **Verlängerung der Griechenland-Hilfe** in namentlicher Abstimmung zugestimmt. Dabei gilt es deutlich zu betonen, dass sich die Zustimmung des Parlamentes lediglich auf eine technische Verlängerung des im März 2012 beschlossenen Finanzhilfeprogramms um bis zu vier Monate bezieht. Ohne einen entsprechenden Beschluss des Parlamentes wäre das Programm Ende Februar 2015 beendet, mit der Folge, dass die noch offenstehende Tranche des EFSF-Programms automatisch verfallen wäre.

Entgegen den Ausführungen verschiedener Medienvertreter handelt es sich **nicht** um ein neues Programm. Durch den Beschluss wird auch **kein "frisches Geld"** zur Verfügung gestellt. Auch eine Auszahlung der im laufenden Programm noch vorgesehenen restlichen Mittel erfolgt nicht ohne Weiteres. Vielmehr müssen die EU-Kommission, die EZB und der IWF zustimmen. Eine Auszahlung kann im Übrigen nur nach einer Beteiligung des Deutschen Bundestages (zumindest des Haushaltsausschusses) erfolgen.

Damit ist zunächst festzustellen, dass der Beschluss des Deutschen Bundestages keine spektakulären neuen Maßnahmen umfasst, sondern **lediglich eine Verlängerung der Bereitstellungsfrist** bedeutet.

Griechenland muss in den nächsten Wochen eine realistische und tragfähige Reformagenda vorlegen. Die Auszahlungen der restlichen Beträge aus dem laufenden Programm oder Verhandlungen über eine mögliche Folgevereinbarung kommen nur dann in Betracht, wenn Griechenland den eingeschlagenen Anpassungsprozess tatsächlich fortführt. Wenn die griechische Regierung seriös und ernsthaft den bisherigen Reformprozess fortsetzt, kann man auch weiterhin auf die solidarische Unterstützung Europas zählen. Sollte kein ernsthaftes Interesse an der Fortführung des Anpassungsprozesses bestehen, wäre im europäischen Gemeinschaftsinteresse die Finanzhilfe unverzüglich zu beenden.

Weiterführende Informationen zur Thematik finden Sie unter anderem auf den Seiten des federführend zuständigen Bundesministeriums der Finanzen unter www.bundesfinanzministerium.de.

Mietpreisbremse kommt

In bestimmten Ballungszentren liegen heute die Marktmieten zum Teil 30 bis 40 Prozent über den Bestandsmieten. Zu Recht sind Mieter verärgert, wenn die Miethöhe bei einem Mieterwechsel in die Höhe schnellst und das Wohnen in den Zentren für viele Menschen unbezahlbar wird. Wie im Regierungsprogramm der Union verankert und im Koalitionsvertrag vereinbart, **greift zukünftig auf solchen angespannten**

Wohnungsmärkten die Mietpreisbremse, damit Wohnen auch dort bezahlbar bleibt, wo viele Menschen wegen der Nähe zur Arbeit oder der Urbanität der Lebenswelten wohnen möchten.



Mit der Mietpreisbremse erhalten die Landesregierungen die Möglichkeit, für eine Dauer von maximal fünf Jahren Gebiete festzulegen, in denen beim Abschluss von Mietverträgen die Miete höchstens 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete betragen darf. Möglich ist diese Festlegung, wenn eine angespannte Marktsituation etwa durch geringe Leerstandsquoten oder deutliche Preisanstiege nachweisbar ist.

Klar ist aber auch: Das wirksamste Mittel gegen hohe Mieten ist der Neubau von Wohnungen. Nur ausreichender Wohnraum verhindert effektiv und dauerhaft, dass Mietpreise insbesondere in Ballungszentren in die Höhe schnellen. Deshalb hat die Union dafür Sorge getragen, dass sich Investitionen in Neubauvorhaben weiterhin lohnen. Die Vermietung neu errichteter Wohnungen ist von der Mietpreisbremse ausgenommen. Gleiches gilt für umfassende Modernisierungen, die insgesamt zu einer Steigerung der Wohn- und Lebensqualität in unserem Lande führen. Damit der Wohnungsbau weitergeht, nehmen wir auch die Länder und Kommunen in die Pflicht. Sie dürfen sich nicht zurücklehnen, sondern müssen eigene Beiträge zum verstärkten Wohnungsneubau leisten.

Weiterführende Informationen zur Mietpreisbremse finden Sie auf den Seiten des federführend zuständigen Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz unter www.bmju.de.

Einführung einer Geschlechterquote



(© Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde)

Die Geschlechterquote kommt. Seit Jahren ist die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen ein Anliegen von Wirtschaft und Politik. Dabei ist es der CDU/CSU-Fraktion aber auch wichtig, die zusätzliche bürokratische Belastung für die Wirtschaft auf ein Minimum zu reduzieren. Berechtigte Bedenken insbesondere von mittelständischen Unternehmen wurden aufgegriffen.

So ist für die unter die fixe Quote fallenden Unternehmen sichergestellt, dass die Berechnung der Anzahl der Mitglieder des unterrepräsentierten Geschlechts nach den üblichen mathematischen Rundungsregelungen erfolgt. Damit ist ein Zwang zum deutlichen Überschreiten der 30 Prozent-Schwelle ausgeschlossen.

Zudem wurde der Geltungsbereich für die Flexi-Quote begrenzt und die Regelungen sind nicht so streng wie ursprünglich geplant. Die Unternehmen weisen künftig Ziele aus, wie sie den Frauenanteil erhöhen wollen und berichten über Fortschritte. Anders als in den ersten Ministeriumsplänen gibt es keine gesetzliche Pflicht mehr zur stetigen Steigerung des selbst festgelegten Geschlechteranteils. Ausgenommen von der Flexi-Quote sind die nicht-börsennotierten Unternehmen mit weniger als 500 Mitarbeitern.

Auch die im Vorfeld diskutierte Regelung einer Besetzung mit mindestens einer Frau und einem Mann je Aufsichtsrat, Vorstand und oberer Führungsebene wurde verzichtet. Für Kleinstgremien von ein oder zwei Personen werden damit keine Zielsetzungen mehr vorgeschrieben.

Ebenso wurde erreicht, dass die Unternehmen mehr Zeit für Personalmaßnahmen haben, um Ziele erreichen zu können. Insbesondere müssen sie nicht jährlich, sondern erst nach Ablauf des selbst festgelegten Zielhorizonts von bis zu fünf Jahren über die Erreichung ihrer Ziele berichten.

All das reduziert Berichtspflichten, schafft Rechtssicherheit und beschränkt die Bürokratie auf das Notwendigste. Die Unternehmen erhalten mehr zeitlichen Spielraum und laufen nicht so schnell Gefahr, die von ihnen festgelegten Ziele zu verfehlen.

Aktuelles aus dem Plenum

Mit dem verabschiedeten **Gesetz zur Bevorrechtigung der Verwendung elektrisch betriebener Fahrzeuge (Elektromobilitätsgesetz)** soll die Elektromobilität durch die Gewährung von Privilegien für Elektroautos gefördert werden. Die Entscheidung über die Art von Maßnahmen liegt im Ermessensspielraum der Fachbehörden der jeweiligen Kommunen. Denkbar ist etwa die Freigabe von Busspuren für Elektrofahrzeuge oder die Begünstigung von solchen Fahrzeugen bei der Parkraumbewirtschaftung. Nicht zuletzt können Elektrofahrzeuge von bestimmten Zufahrtsbeschränkungen ausgenommen werden. Wir sehen in diesem Gesetz, das wir in zweiter und dritter Lesung beschließen, eine von verschiedenen Maßnahmen zur Förderung der Elektromobilität.



(© BMVI)

In namentlicher Abstimmung haben wir zudem die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Ausbildungsmission EUTM in Mali** verlängert. Wenngleich sich die Lage in Mali verbessert hat, ist der Norden des Landes noch nicht befriedet und noch immer leiden das Land und seine Bevölkerung unter den Folgen der Auseinandersetzungen mit den radikalen Islamisten. Mehr als 200.000 Menschen befinden sich auf der Flucht. 2,8 Millionen Menschen in ganz Mali haben keine verlässliche Lebensmittelversorgung. Die Mission zielt daher darauf ab, die malische Regierung bei der fortschreitenden Stabilisierung des Landes zu unterstützen. Insbesondere muss das malische Militär in die Lage versetzt werden, selbst die Sicherheit im Land gewährleisten zu können. Die deutschen Streitkräfte leisten hierzu im Rahmen der Mission mit Ausbildung und fachlicher Beratung einen wesentlichen Beitrag. Da Deutschland ab August die Führungsverantwortung der Mission übernehmen soll, wird außerdem die Mandatsobergrenze auf bis zu 350 Soldaten angehoben.

Daten und Fakten

Industrie blickt immer optimistischer auf Exporte. Die Exporterwartungen der deutschen Industrie sind im Februar auf 11,9 Saldenpunkte gestiegen, nach 9,5 im Januar. Die Exporterwartungen erreichen damit den höchsten Stand seit Mai 2014. Wesentlicher Treiber der Entwicklung ist der Fahrzeugbau. Die deutschen Automobilhersteller rechnen mit einem deutlichen Anziehen des Geschäfts. Dafür sind vor allem der niedrige Eurokurs und der gesunkene Ölpreis ausschlaggebend. Weiterhin gute Exportchancen rechnen sich auch die Unternehmen in der Chemischen Industrie, in der Metallerzeugung und -bearbeitung und in der Elektrotechnik aus. Niedrigere Exporterwartungen als noch im Januar gibt es im Maschinenbau. Hier konnte der im Januar erreichte Jahreshöchststand nicht gehalten werden; die Erwartungen liegen aber weiterhin über ihrem langfristigen Durchschnitt. Diese Zahlen basieren auf ca. 2.700 monatlichen Meldungen von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes.

(Quelle: ifo Institut, München)

Deutschland bei Patentanmeldungen in Spitzengruppe. Im Jahr 2014 wurden weltweit 274.174 Patente angemeldet. Das waren 3,1 Prozent mehr als im Jahr 2013. Rund 35 Prozent der Patentanmeldungen kamen aus einem der 38 Mitgliedstaaten der Europäischen Patentorganisation, der Dachorganisation des Europäischen Patentamts. Allein in Deutschland wurden 31.647 Patente und damit 11 Prozent der gesamten Anmeldungen verzeichnet. Mehr Patente wurden lediglich in den USA (71.745; 26 Prozent) und Japan (48.657; 18 Prozent) angemeldet. Trotz eines leichten Rückgangs gegenüber 2013 liegt Deutschland damit weiter auf einem Spitzenrang und behauptet sich als eines der innovativsten Länder der Welt.

(Quelle: Europäisches Patentamt)

Güterverkehrsaufkommen so hoch wie nie. Nach vorläufigen Schätzungen ist im Jahr 2014 in Deutschland das Transportaufkommen im Güterverkehr gegenüber dem Vorjahr um 2,9 Prozent auf 4,5 Milliarden Tonnen gewachsen. Damit wurde der bisherige Höchstwert aus dem Jahr 2008 um 0,4 Prozent übertroffen. Besonders hoch waren die Zuwächse im Straßenverkehr (+3,7 Prozent) und der Seeschifffahrt (+2,4 Prozent). Binnenschifffahrt und Luftfahrt konnten ebenfalls leicht zulegen. Auf der Schiene wurden hingegen 2,4 Prozent weniger Güter als im Vorjahr befördert. Hier waren die Rückgänge während der Tarifstreiks im Oktober und November besonders hoch.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Impressum

Peter Wichtel MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 – 77041
Fax: 030 / 227 – 76241
Mail: peter.wichtel@bundestag.de
Internet: www.peterwichtel.de

Redaktion

Christoph Schmid

Bildnachweis

Seite 2 – Manfred Nuding/pixelio.de
Seite 4 – Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim
Melde
Seite 5 – BMVI